



Niederschrift zur 1. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bau, Bauleitplanung und Wirtschaftsförderung der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Mittwoch, den 07.01.2009
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 22:20 Uhr
Ort, Raum: Rathaus der Stadt Zossen, Konferenzraum im Erdgeschoss,
Marktplatz 20, 15806 Zossen

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Olaf Manthey

Ausschussmitglieder

Frau Sabine Brumm

Herr Burkhard Degner

Herr Hermann Kühnapfel

Herr Konrad Tschorn

Bürgermeisterin

Frau Michaela Schreiber

Protokollantin

Frau Miriam Heinrich

Gäste

Bürger

Herr Fred Hasselmann

Herr Carsten Preuß

Herr Dr. Rainer Reinecke

Herr Miethge, Frau Süflow, Herr D. Grahl, Herr M.
Grahl
MAZ
Stadtverordneter
Stadtverordneter

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Hans-Jürgen Lüders

entschuldigt

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Herr Manthey eröffnet die Sitzung um 19:03 Uhr. Er begrüßt die Anwesenden und wünscht allen ein schönes neues Jahr.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Manthey stellt fest, dass von 6 Ausschussmitgliedern 5 anwesend sind. die Sitzung ist somit beschlussfähig.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Es gibt auf Nachfrage von Herrn Manthey keine Einwände gegen die vorliegende Tagesordnung.

Abstimmung: 5 x ja, 0 x nein, 0 x Enthaltung

zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses vom 21.05.2008, 28.05.2008, 16.06.2008 und 19.11.2008

Abstimmung zur Niederschrift vom 21.05.2008 – keine Einwände:
3 x ja, 0 x nein, 2 x Enthaltung

Abstimmung zur Niederschrift vom 28.05.2008 – keine Einwände:
3 x ja, 0 x nein, 2 x Enthaltung

Abstimmung zur Niederschrift vom 16.06.2008 – keine Einwände:
3 x ja, 0 x nein, 2 x Enthaltung

Abstimmung zur Niederschrift vom 19.11.2008 – Herr Tschorn übereicht seine Änderungs-/Ergänzungswünsche schriftlich zu Protokoll (**Anlage1**).
4 x ja, 0 x nein, 1 x Enthaltung

Frau Schreiber nimmt ab 19:09 Uhr an der Sitzung teil.

zu 5 Bericht aus der Verwaltung

Frau Schreiber:

Es gibt keinen Bericht, da Herr Grunow und Herr Willbrand sich im Urlaub befinden. Nach den Weihnachtsferien gibt es nichts Wesentliches zu berichten.

zu 6 Bericht der Wirtschaftsförderung

Frau Schreiber:

Auch hier entfällt der Bericht aus den zuvor genannten Gründen.

zu 7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Herr Tschorn:

Ich habe bei der Protokollkontrolle nicht umsonst gesagt, dass ich auf Seite 2 einen ganzen Teil mehr gesagt habe. Frau Bürgermeisterin, Sie haben mir geantwortet als ich darum gebeten habe, meine Fragen zu beantworten, ich solle den Bericht aus der Verwaltung vom 03.06.2008 lesen. Ich bitte alle Mitglieder des Ausschusses darum, sich den Bericht der Verwaltung zu nehmen und die Fragen mit den darin angeführten Punkten zu vergleichen. Zu allen 8 Punkten, zu denen ich nachgefragt habe, habe ich außer zum letzten keine Antworten erhalten. Ich bitte Sie, Frau Bürgermeisterin, wirklich auf die Anfragen zu antworten.

Frau Brumm:

Ich habe eine Mitteilung: Herr Schulz hat berichtet, dass der Bescheid für die Kosten des LAG raus sein soll. Die Zahlungen sollen bis zum 31.01.2009 geleistet werden. Ein Beschluss hierzu sollte schleunigst gefasst werden.

Frau Schreiber:
Der Beschluss zur Finanzierung wurde von der SVV gefasst. Wir brauchen also keinen weiteren Beschluss der Stadtverordneten, da sich nichts geändert hat.

Herr Tschorn:
Ist es an dem, dass wir den Beitrag für 2008 nicht geleistet haben?

Frau Brumm:
Ist geleistet worden.

Frau Schreiber:
Packen Sie das in die Gerüchtekiste.

Herr Kühnapfel:
Zossen hat gezahlt.
Ich hätte gerne die Prio-Listen mit den Aufarbeitungen, was davon erledigt worden ist.
Damit sich jeder frühzeitig damit befassen kann.

Herr Manthey:
Wenn Herr Grunow wieder da ist, möge er an die Hinweisschilder denken –
Wasserskiplatz Horstfelde und Turnhalle Dabendorf.

zu 8 **Einwohnerfragestunde**

Herr Baranowski:
Wie wird das mit dem Rederecht gehandhabt?

Herr Manthey:
Das entscheidet der Ausschussvorsitzende. Und ich entscheide, dass Sie zu den einzelnen Tagesordnungspunkten reden dürfen.

Herr Baranowski:
In Ordnung, dann habe ich jetzt keine Fragen mehr.

Herr Miethge:
Zum Kinderspielplatz im Stadtpark: Ist da eine Ausführung angedacht? Wann geht es los?

Frau Schreiber:
Die Ausschreibung ist erfolgt. Wir haben Fördermittel erhalten. Im Moment wird der Bauzeitenplan abgestimmt. Geplant ist, dass bis zum Frühjahr der Spielplatz fertig ist.

zu 9 **Beratung von Beschlussvorlagen**

zu 9.1 **Aufstellung eines Bebauungsplanes "An der Stubenrauchstraße" im Ortsteil Zossen (Wiedervorlage) Vorlage: 127/08**

Beschlussvorschlag:

1. *Die Aufstellung einer Satzung über den Bebauungsplan mit dem Titel: " An der Stubenrauchstraße" wird beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die in der Anlage 2 dargestellte Fläche.*

und

2. *Gemäß § 2 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) wird die Aufstellung der Satzung ortsüblich bekanntgemacht.
Gleichzeitig wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB in Form einer 2-wöchigen Offenlage beschlossen.*

Herr Manthey:

Der Ortsbeirat Zossen hat auf der Sitzung am 12.11.2009 die Wiedervorlage empfohlen. Der Ortsbeirat Zossen tagt am 19.01.2009. Der BBW hat am 19.11.2008 keine Empfehlung – auf Grund der fehlenden Beschlussfähigkeit nur ein Votum der anwesenden Mitglieder - von 2/0/0 abgegeben.

Frau Schreiber:

Ich sehe die dringende Notwendigkeit, dass es eine Einkaufsmöglichkeit in Zossen geben wird. Die Kaufkraft soll in Zossen belassen werden. Synergetische Effekte sollen geschaffen werden. Wer in Zossen einkauft, wird auch nicht wegen einer anderen Sache ins Center fahren, sondern diese Ware in Zossens Innenstadt einkaufen.

Herr Manthey:

Wenn die Beschlussvorlage gefasst wird, wie lange ist die Bearbeitung?

Frau Schreiber:

Die Vorliegende Beschlussvorlage ist der Aufstellungsbeschluss. Dieser wird im Amtsblatt veröffentlicht. Alle Bürger und Behörden sollen die Möglichkeit haben, Einwendungen einzureichen. Unter 3 Monaten wird die Offenlegung nicht abgeschlossen sein.

Herr Tschorn:

Meine Meinung aus der letzten Sitzung ist nach wie vor da. Wir brauchen eine Analyse darüber, wo wir ein Einkaufszentrum brauchen. Ich möchte in 1. Linie auf den Bürger reflektieren. Wir haben das erlebt in der Wünsdorfer Siedlung. Wir wissen noch gar nicht, was aus Plus wird. Was passiert, wenn Kaufland kommt? Wo bleibt dann Netto? Wir haben in der Innenstadt Optiker, Drogerie, einen Buchladen und viele andere Gewerbetreibende. All diese Untersuchungen müssen gemacht werden, um einem Bebauungsplan zuzustimmen. Wir wissen, dass es nicht nur Kaufland gibt. Auf der letzten Sitzung hat Herr Rechtsanwalt Grundlach gefragt, was aus seinem Konzept wird. Ein weiteres Unternehmen will sich noch vergrößern. Wie wirkt sich das alles auf den Standort aus?

Frau Schreiber:

Ich verweise auf die Unterlagen an der Beschlussvorlage des Vorhabenträgers. Dort sehen Sie, dass die meiste Kaufkraft derzeit abgezogen wird und in den umliegenden Centern regeneriert wird. Wer hier in Zossen die Möglichkeit sieht, einen Vollsortimenter zu besuchen, fährt nicht mehr in die Center. Kaufland ist keine Konkurrenz zu Netto oder Plus sondern zu Real. Zossen ist derzeit nicht einmal in der Lage seine Bürger zu versorgen.

Herr Tschorn:

Wenn ich einen Bauantrag stelle, schreibe ich nicht in eine Analyse falsche Daten. Das müsste ein Unabhängiger machen. Ich finde hier alles, was ich im Kaufland auch finde. Es gibt wenig, was es nicht auch in Zossen gibt.

Frau Schreiber:

Wenn sich Kaufland hier ansiedeln wird, kommen auch Textiler. Es werden AWD und Kick kommen. Einzeln kommen sie nicht. Es geht nur, wenn es eine Ballung gibt.

Herr Baranowski:

Wie geht es nach dem Aufstellungsbeschluss weiter? Wann werden die Detailfragen geklärt?

Frau Schreiber:

Das kommt im Satzungsbeschluss. Es handelt sich jetzt erst um eine Standortfestlegung (Karte). Geschoszahl, Quadratmeter, Parkplätze und alle weiteren Einzelheiten werden

dann im Satzungsbeschluss gefasst.

Herr Baranowski:

Was ist bei so einem Objekt an Gewerbesteuereinnahmen zu erwarten?

Frau Schreiber:

Das kann ich aufgrund fehlender Erfahrungen nicht sagen. Sie könnten von den berechneten zu erwartenden Umsätzen ausgehen.

Herr Tschorn:

Sie meinen tatsächlich, wir können in den Satzungsbeschluss reinschreiben, was wir nicht drin haben wollen – festgelegt auf 5 Jahre? Keinen Optiker, keinen Buchladen usw.

Frau Schreiber:

Im städtebaulichen Vertrag kann man weitere Regelungen aufnehmen, die im Bebauungsplan nicht zulässig wären. Das könnte man schon tun.

Herr Preuß:

Im städtebaulichen Vertrag – gibt es schon einen Entwurf?

Frau Schreiber:

Nein.

Herr Preuß:

Wer zahlt die Abrisskosten?

Frau Schreiber:

Das ist nicht unser Problem. Im städtebaulichen Vertrag ist geregelt, wer baut die Straßen, die Beleuchtung und weiteres, was zur Infrastruktur gehört. Die Infrastruktur muss vom Investor bezahlt werden und danach kostenlos an die Stadt übergeben werden. Das Baufeld muss erst frei sein. Der Investor muss also für den Abriss sorgen.

Herr Preuß:

Was ist verkehrstechnisch geplant?

Frau Schreiber:

Wir haben die mögliche Straßenführung in der Anlage zur Beschlussvorlage angegeben. Es kann nur über eine Planstraße auf die Parkplätze gehen. Die Straßenverkehrsbehörde wurde allerdings noch nicht befragt.

Herr Preuß:

Die Bahnquerung wurde gleich mitberücksichtigt?
Funktioniert die ganze Erschließung dann noch?

Frau Schreiber:

Wir haben Ihnen in der Beschlussvorlage alles reingeschrieben. Wegen einer möglichen Bahnüberquerung sind wir bei der Planstraße A schon auf 50 m hochgegangen. Der Platz für die Überquerung der Bahn wäre also da. Das ist aber alles noch nicht sicher.

Herr Tschorn:

Der Bebauungsplan befasst sich ausschließlich mit der Erschließung der linken Seite der B96. Ich habe hier die Beschlussvorlage 139/07 mit dem Plan von Herrn Grundlach.

Frau Schreiber:

In der Planung von heute sind 2 der 3 geplanten Gebiete enthalten. Wenn, dann ist es der konzentrierte Standort. Der Standort neben Lidl ist hoch problematisch wegen dem Feuchtgebiet und dem Landschaftsschutzgebiet. Wir haben den 3. Investor gebeten, mit der Naturschutzbehörde zu reden. Der 3. Investor sollte doch überlegen, ob er nicht in das Gebiet von Kaufland mit reingeht, damit die Sache rund wäre.

Frau Brumm:

Ich sehe positiv, dass wir ein Angebot von Kaufland kriegen. Die wachsende ältere

Generation hätte ein Problem hier hinten hin zu kommen. Von der Überlegung heraus halte ich das für eine gute Idee.

Frau Schreiber:

Jetzt ist schon fast direkt an der B 96 eine Bushaltestelle. Man müsste noch mit den Verkehrsbetrieben reden, ob eine weitere Bushaltestelle errichtet wird, oder eine Verlegung stattfindet. Zum anderen ist eine Radwegverlängerung in Richtung Innenstadt vorgesehen. Es kann sein, dass es Wanderungsbewegungen vom Einkaufszentrum Kichstraße in die Innenstadt oder zu Kaufland geben wird. Die leerstehenden Verkaufsflächen in der Innenstadt reichen für diese Anbieter flächenmäßig aus. Eine weitere Möglichkeit wäre, am Standort des Einkaufszentrums Kirchstraße Wohnen zu errichten. Es ist eine geniale Lage, Nottekanalnähe, Innenstadtnähe usw.

Frau Brumm:

Städtebaulicher Vertrag – wie können wir die Dinge festsetzen?

Frau Schreiber:

Man kann das nicht für 20 oder 50 Jahre planen. Der Investor wird langfristige Mietverträge abschließen. So kann sich das regeln. Im städtebaulichen Vertrag ist eine feste und für uns kostenlose Werbung für die Innenstadt vorgesehen. Im Kauflandgebiet wird es eine Werbefläche geben, worauf hingewiesen wird, was in der Innenstadt gekauft werden kann.

Herr Tschorn:

Wie kommt der Bürger von Zesch, Horstfelde oder Wünsdorf-Siedlung, der ein gewisses Alter erreicht hat, dorthin? Alle die, die nicht mit dem eigenen Fahrzeug dorthin kommen, betteln müssen bei Kindern usw.

Frau Schreiber:

Im Moment sind die Leute in den Dörfern ebenfalls nicht in der Lage in ihren Dörfern einzukaufen. Ich habe schon mit dem Landesbetrieb gesprochen. Die Zuschüsse der Stadt sind dann enorm, wenn eine neue Buslinie eingerichtet werden sollte. Wir überlegen vielmehr, das Mehrfachtaxi zu erweitern, welches jetzt zum Wochenmarkt fährt. Das sehe ich eher, als eine neue Buslinie zu schaffen.

Herr Kühnapfel:

Ich bitte zu bedenken, dass wir den Beschluss zur Aufstellung fassen sollen. Ich stelle den Antrag auf Diskussionsende.

Herr Tschorn:

Bitte das Verkehrskonzept als Tagsordnungspunkt auf eine der nächsten Sitzungen.

Frau Schreiber:

Ich habe nicht von einem Konzept gesprochen.

Herr Manthey:

Abstimmung zum Antrag von Herrn Kühnapfel zum Diskussionsende:

4 x ja, 0 x nein, 1 x Enthaltung.

Abstimmung zur Beschlussvorlage 127/08 in der vorliegenden Form:

4 x ja, 0 x nein, 1 x Enthaltung.

zu 9.2 **Nutzungskonzept Bahnhofsgebäude Zossen** **Vorlage: 159/08**

Beschlussvorschlag:

1. *Das anliegende Konzept zur Umnutzung des Bahnhofsgebäudes wird bestätigt. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung erforderlichen Schritte einzuleiten.*

oder

2. *Das anliegende Konzept zur Umnutzung des Bahnhofsgebäudes wird mit den aus dem Protokoll ersichtlichen Änderungen bestätigt. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung erforderlichen Schritte einzuleiten.*

Frau Schreiber:

Einleitend weise ich darauf hin, dass es sich nicht um einen Beschluss handelt, der zur Folge hat, dass gebaut werden kann. Es geht jetzt um die Bestätigung eines Nutzungskonzeptes, damit die Verwaltung in der Lage ist, mit potentiellen Mietern zu verhandeln. Beim Nutzungskonzept ist ja auch noch völlig unklar, ob der Vermieter (Stadt) oder der Mieter die Kosten für den Umbau tragen. Der Beschluss soll eine Richtung zur Nutzung vorgeben. Weshalb stehen unter finanzielle Auswirkungen 1,2 Mio. €? Die Einstellung im Haushalt 2009 sehe ich nicht, weil wir in 2009 andere Projekte in der Stadt haben. Der Innenausbau, die Außenfassade, die Fenster und das Dach sind unterschiedliche Sachen. Außerdem wird man den Innenausbau bei LEADER beantragen, weil eine touristische Auswirkung auf die Umgebung da wäre. Ich würde Sie bitten, diesen Beschluss zu fassen.

Herr Manthey:

Wie hoch werden die Kosten ungefähr sein?

Frau Schreiber:

Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Herr Preuß:

Wir hatten diese Beschlussvorlage im KTL ebenfalls auf der Tagesordnung. Wir mussten davon ausgehen, dass sie in 2009 1,2 Mio. € ausgeben wollen. Der KTL hat den Beschluss gefasst, dass die Verwaltung Verhandlungen mit potentiellen Mietern führen soll.

Frau Schreiber:

Es kann sein, dass wir in der Haushaltsdebatte sehen, dass wir z. B. 50 T€ zur Verfügung haben. Dann könnte ich auch tätig werden. Ich brauche den konkreten Beschluss, dass dieses Nutzungskonzept bestätigt wird.

Herr Kühnapfel:

Ich schlage vor, den Punkt 1 abzustimmen. Es ist doch klar, dass wir noch kein Geld ausgeben können. „Einstellung in den Haushalt 2009“ soll gestrichen werden.

Frau Brumm:

Um welches Planungsbüro geht es? Was ist da mit den Kosten?

Frau Schreiber:

In die Haushaltsplanung 2008 hatten wir Geld für die Planung eingestellt. Das Planungsbüro Boss und Frey aus Mellensee ist mit der Planung beauftragt.

Herr Baranowski:

Ich frage mich, warum die Interessenten, die den Laden hatten nicht so schnell wie möglich reaktiviert wurden. Warum wurde das nicht so schnell wie möglich realisiert. Kann man eine temporäre Lösung finden? Man sollte das Konzept so angehen – wo will man in der Region mit dem Tourismus hin.

Frau Schreiber:

Die Kostenschätzungen wurden alle von uns überprüft und es wurden auch Streichungen vorgenommen. Derjenige, der den Laden im Bahnhof hatte, war nicht bereit, den Laden weiter zu führen, wenn er der einzige Nutzer ist.

Herr Preuß:

Der Beschlussvorlage habe ich entnommen, dass dieser eine Kostenschätzung als

Anlage beigefügt sein soll. Das ist sie aber nicht.

Frau Schreiber:
„Anlage 3“ soll gestrichen werden. Die Kostenschätzung nutzt Ihnen nichts.

Herr Kühnapfel:
Wenn die Ausschreibung vorliegt und wir Mieter wissen, dann können wir auch eine realistische Kostenschätzung erwarten.

Herr Preuß:
Frau Schreiber, man bräuchte schon eine Kostenschätzung.

Herr Manthey:
Wenn nach erfolgten Verhandlungen eine Kostenschätzung vorgelegt wird, dann würden wir der Beschlussvorlage zustimmen.

Frau Schreiber:
Wenn wir den Antrag bei LEADER stellen, dann müssen wir die Aufschlüsselung sowieso haben. Sie können sicher sein, dass ich nicht mit dem Innenausbau anfangen, ehe ich einen Mieter habe.

Herr Preuß:
Die Verwaltung sollte prüfen, wo kann ich noch zusätzliche Fördermittel herkriegeln.

Frau Brumm:
Auf der Entwurfsvorlage sollte zumindest der Planer mit draufstehen.

Herr Manthey:
Wir stimmen zu der vorliegenden Beschlussvorlage mit folgender Ergänzung ab: „Höhe für 2009 wird in der HH-Debatte 2009 festgelegt.“ Außerdem wird die „3. Anlage“ auf der Beschlussvorlage gestrichen.

Abstimmung zu 1) mit Ergänzung/Änderung: 4 x ja, 0 x nein, 1 x Enthaltung

**zu 9.3 Bestätigung der Entscheidung der Verwaltung zur Zulassung außerplanmäßiger Ausgaben mit Ausgleich - hier: Eisenbahnkreuzung in Wünsdorf
Vorlage: 138/08**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen bestätigt die Entscheidungen der Verwaltung zur Zulassung der in der Begründung aufgeführten überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich an anderer Stelle des Haushaltes der Stadt Zossen in Höhe von 9.496,20 EUR.

Herr Tschorn:
Bei der Diskussionsrunde am 04.03.2008 - kann ich mich erinnern – war ich dabei. Gab es danach eine Bürgerversammlung?

Frau Schreiber:
Im Ortsbeirat Wünsdorf, der öffentlich und fristgerecht angekündigt war, wurde darauf hingewiesen, dass es am 29.01.2009 eine Versammlung geben wird.

Herr Tschorn:
Ich habe 2 Fragen. Wir müssen eine ganze Menge Geld vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt nehmen. Das kann ich nicht nachvollziehen. Das erweckt den Eindruck, als wenn man für 2008 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen wollte.

Frau Schreiber:
Dieser Verdacht ist bei näherem Nachdenken nicht durchdacht. Die Kämmerei hat nicht die Aufgabe, die Aufträge von Fachämtern inhaltlich zu prüfen. Es muss immer

unterschieden werden, ob es sich um eine Reparatur oder Investition handelt. Deshalb die jetzige Verschiebung. Das Geld war insgesamt vorhanden.

Herr Manthey:
Ich bitte um Abstimmung.

Abstimmung: 4 x ja, 0 x nein, 1 x Enthaltung

zu 9.4 **Neue Kita in Wünsdorf**
(Wiedervorlage)
Vorlage: 134/08

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Bereitstellung einer Kita in Wünsdorf gemäß

Variante _____

Die erforderlichen Mittel sind in den Haushalt 2009 einzustellen.

Herr Manthey:
Hier fehlen mir noch einige Beratungsergebnisse. Der BBW hat am 19.11.2008 zur Variante 4 mit 2/0/0 abgestimmt.

Frau Schreiber:
Ich kann Ihnen die Empfehlungen aus den anderen Fachausschüssen bekannt geben. Der Bildungsausschuss wollte im Dezember einen Besichtigungstermin machen. Es sollte überlegt werden, Voll- oder Ausgabeküche. Dann sollte überlegt werden 170/180 oder 200 Kinder, eingeschossig oder mehrgeschossig sowie der pädagogische Ansatz. Wir wollten uns die Kitas Nesthäkchen, Rappelkiste, Bummi und den Standort Martin-Luther-Straße sowie die Alte Schneiderei ansehen. Leider hat es mit dem Termin im Dezember nicht geklappt. Wenn man Kitas besichtigen will, muss man das im laufenden Betrieb tun. Der Finanzausschuss hat gesagt, dass die Kosten vom pädagogischen Standpunkt abhängen. Aus Sicht der Verwaltung kann ich noch nicht dem Ausschuss empfehlen, eine Empfehlung abzugeben. Es gibt noch zu viele ungeklärte Dinge. Der Kostenspielraum ist zu vage.

Herr Manthey:
Wir sollten diese Beschlussvorlage nur aus BBW-Sicht betrachten. Weder aus FA-Sicht noch aus SJBS-Sicht. Uns sollte der bauliche Aspekt interessieren. Das wir in Zukunft mehr Kinder haben, als Plätze zur Verfügung stehen, das signalisiert uns die Verwaltung.

Herr Kühnapfel:
Man kann die Kosten nicht trennen. Wenn ich die Kosten trennen würde, würde ich für die Variante 1 sein. Wir sollten unbedingt die Besichtigung machen. Ich bitte noch um einige Erläuterungen zu den Zahlen. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, wo die Zahlen herkommen.

Frau Schreiber:
Die Varianten sind zunächst nicht vergleichbar. Wir haben versucht alles fiktiv vergleichbar zu machen. Es handelt sich um die reinen Baukosten. Nicht berücksichtigt wurden die Abrisskosten. 200 T€ mehr oder weniger ausgeben oder an anderer Stelle ausgeben zu können, ist schon ein Unterschied.

Herr Tschorn:
Unter Ausschluss der Kostenfrage hat der Ortsbeirat dafür gestimmt: Vollküche und 200

Plätze und Variante 1. Mein Standpunkt hat sich nicht geändert. Wir bauen nicht für 5 Jahre sondern für längerfristig. Ich denke, ein Neubau wird schneller gehen als eine Sanierung. Man weiß ja nicht, was einen noch für Überraschungen erwarten bei der Sanierung eines Altbaus.

Frau Brumm:

Es ist fast ein Jahr her. Es gibt einen Beschluss für Variante 1 Meine Meinung hat sich auch nicht geändert. Variante 1 mit Vollküche. Lasst uns für unsere Kinder etwas Ordentliches bauen.

Frau Schreiber:

Wir haben keine 3 Mio. € im Finanzplan abgesichert. Variante 1, 200 Kinder, Vollküche kostet 3,15 Mio. €. Ich sehe nicht, wie ich die im Haushaltsplan aufbringen kann. Dieses Geld gebe ich dann nicht für etwas anderes aus Wenn ich eine Variante für 200 T€ oder 400 T€ weniger finde, kann ich woanders etwas investieren. Wir können das Geld nur 1 x ausgeben.

Herr Kühnapfel:

Ich würde sofort mitentscheiden. Variante 1 ist das, was wir gerne für unsere Kinder hätten. Lassen Sie uns das Beste rausholen. Damit nicht alles andere stirbt, müssen wir sagen, dass wir uns auf 180 Kinder und eine Ausgabeküche einigen. Dann haben wir die beste Variante genommen. Wir müssen einen Kompromiss suchen und so schnell wie möglich daran gehen, wenn wir einen genehmigten Haushalt 2009 haben. Haben wir einen Antrag bei der Bundesregierung usw. gestellt?

Herr Tschorn:

Abrisskosten – ist schon ins Auge gefasst worden, wie Kosten zu minimieren sind? Eventuell durch ABM-Kräfte.

Herr Baranowski:

Wie verteilt sich der Bedarf auf die Ortsteile?

Frau Schreiber:

In der Mitte der großen bunten Tabelle sind die Geburten in den einzelnen Ortsteilen aufgeführt. Wanderungsbewegungen können Sie daraus erkennen.

Herr Baranowski:

OK. Wenn ich an die Zukunft meiner Kinder denke, spricht es dafür, ein altes Gebäude zu nutzen. Ich präferiere mehrere kleinere Einrichtungen, damit die Verteilung der Kinder besser ist.

Frau Brumm:

Der Vorschlag von Herrn Kühnapfel ist eine machbare Lösung. Ich könnte mich dort anschließen. Es gibt immer mehr Überlegungen Betriebskitas zu eröffnen. Man könnte Mücoleff mit einbeziehen, um die Abrisskosten zu minimieren.

Herr Tschorn:

Herr Baranowski, die 100 Plätze in der neuen Kita brauchen wir schon für die Umbesetzung des Hortes. Wir brauchen also dringend die 180 Plätze.

Herr Manthey:

Vorschlag von Herrn Kühnapfel ist also: Variante 1 mit 180 Kindern und einer Ausgabeküche. Der BBW gibt erstmal eine einstimmige Empfehlung an die Verwaltung ab, dass diese an die Landes- und Bundesregierung schreiben soll zwecks Fördermittel.

Frau Schreiber:

Wenn es zusätzlich Geld für Kitas und Schulen gibt, soll die Verteilung wieder nur über die Landkreise erfolgen. Ich habe der EWZ einen Brief geschrieben, dass wir nach den neuen Kinderzahlen eine neue Kita brauchen. Nach dem Rahmenvertrag wäre die EWZ dran, eine Kita zu bauen. Die EWZ hat den Brief vor Weihnachten bekommen. Ich würde davon Abstand nehmen, weitere Briefe zu schreiben.

Herr Kühnapfel:
Herr Tschorn, wir sind einer Meinung. Aber zwischen 200 und 180 Kinder sind 400 T€ Unterschied. Wir wollen das Gleiche.

Herr Dr. Reinecke:
Mit der Option eines späteren Ausbaus zu einer Vollküche.

Herr Kühnapfel:
Dem stimme ich zu.

Herr Manthey:
Ich stelle den Antrag von Herrn Kühnapfel – 180 Kinder, Variante 1, Ausgabeküche mit der Option später erweiterbar zur Vollküche – zur Abstimmung.

Abstimmung 3 x ja, 2 x nein, 0 x Enthaltung

Frau Schreiber:
Wenn der Termin mit dem SJBS steht, werden alle Stadtverordneten eingeladen.

**zu 9.5 Bestätigung der Entscheidung der Verwaltung zur Umsetzung von Mitteln aus dem Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt und zur Zulassung außerplanmäßiger Ausgaben mit Ausgleich: hier Kinderspielplätze
Vorlage: 137/08**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen bestätigt die Entscheidungen der Verwaltung zur Mittelumsetzung und Zulassung der außerplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich an anderer Stelle des Haushaltes der Stadt Zossen – wie in der Begründung aufgeführt.

Frau Schreiber:
Wir hatten Geld für Reparaturen eingestellt. Wir hatten im Laufe des Jahres festgestellt, dass ein Kompletttausch erforderlich war. Verwaltungshaushalt = Reparatur, Vermögenshaushalt = Investition.

Abstimmung: 3 x ja, 0 x nein, 2 x Enthaltung

zu 10 Anträge von Fraktionen

**zu 10.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 03.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 06.11.2008:
Umgehende Erschließung aller Zossener Ortsteile und Gemeindeteile mit Breitband-Internetanschlüssen (DSL) mit Mindestgeschwindigkeiten von 6000 Kbit/s
Vorlage: 136/08**

Beschlussvorschlag:

Die Zossener Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich unverzüglich für eine tragbare Lösung mit der Deutschen Telekom AG ins Einvernehmen setzen.*
- 2) *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Kreisverwaltung TF aufzufordern, eine alternative Sofortlösung für Breitbandanschlüsse bei den zuständigen Unternehmen in der Region zu beantragen bzw. entsprechende Vereinbarungen herbeizuführen.*

Herr Kühnapfel:

Ich bitte darum, den Punkt 1 geringfügig zu ändern. Die Änderung sollte lauten: „... der Telekom AG ...“ streichen und durch „... kompetenten Anbietern ...“ ersetzen. Ich habe bereits mehrere Anrufe von Bürgern vor Antragstellung erhalten. Ein Betreiber hat sich bereiterklärt, ein neues Glasfaserkabel zu verlegen. Dieses würde schon Mitte des Jahres liegen können. Es sind ja auch andere Gemeindeteile betroffen. Es soll ja auch Geld vom Bund geben.

Herr Tschorn:

Zu Punkt 2. bitte mit SWFG in Verbindung setzen. Man sollte nicht alles neu erfinden. Bin mit dem Antrag einverstanden.

Herr Manthey:

Ich bitte um Empfehlung mit Änderung gemäß Herrn Kühnapfels Vorschlag, die „... Telekom AG...“ wird gestrichen und durch „... kompetenten Anbietern ...“ ersetzt.

Abstimmung: 5 x ja, 0 x nein, 0 x Enthaltung

zu 10.2 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - FDP vom 25.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 01.12.2008:

In Zusammenarbeit mit dem Sanierungsträger die Ausschreibung für den Verkauf des Grundstücks Gemarkung Zossen, Flur 13, Flurstück (ehemaliges Leo-Grundstück im Stadtpark) vorbereiten

Vorlage: 152/08

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung bereitet in Zusammenarbeit mit dem Sanierungsträger die Ausschreibung für den Verkauf des Grundstücks Gemarkung Zossen, Flur 13, Flurstück (ehemaliges Leo-Grundstück im Stadtpark) vor.

Herr Baranowski:

Ich bitte auf jeden Fall dort etwas zu machen. Die Fundamente des Leo-Gebäudes sind immer noch im Boden.

Herr Manthey:

Ich darf daran erinnern, dass in unserem Konzept die Wohnbebauung an dieser Stelle vorgesehen wurde.

Frau Schreiber:

Den Beschluss gibt es bereits. Ich habe bereits mit dem Sanierungsträger verhandelt, dass er einen Konzeptvorschlag macht. Ich denke, dass ich ihnen die Planung demnächst vorlegen kann.

Herr Tschorn:

Ich habe da Bedenken. Wir haben über den B-Plan an den Pferdekoppeln gesprochen. Wir haben eine Liste abgefordert am 27.06.2008, all derjenigen Gebiete, die noch bebaut werden sollen. Wir wollten nicht immer wieder Flächen freigeben.

Frau Schreiber:

Es handelt sich um eine Fläche für höchstens 2 Häuser. Die Aufstellung werden sie im Zusammenhang mit dem FNP erhalten. Es geht hier lediglich um innerstädtische Verdichtung.

Herr Manthey:

Ich bitte um Abstimmung:

Abstimmung: 4 x ja, 0 x nein, 1 x Enthaltung

zu 10.3 **Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - FDP vom 25.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 01.12.2008:**
Der Sanierungsträger wird gebeten, zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, auf den Grundstücken Kirchstraße statt eines Parkplatzes alternative Bebauung zu ermöglichen
Vorlage: 153/08

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Sanierungsträger wird gebeten, zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, auf den Grundstücken Kirchstraße (Bereich des sog. Parkplatzes C) statt eines Parkplatzes im Rahmen eines Gesamtkonzeptes Innenstadt Zossen eine alternative Bebauung zu ermöglichen (z. B. hochwertige, dem parkähnlichen Charakter dieses Bereiches angepasste Wohnbebauung).

Frau Schreiber:

Als Verwaltung kämpfe ich weiterhin um den Parkplatz C. Wir haben ein Parkplatzproblem in der Innenstadt. Der Parkplatz C ist zwar nicht direkt am Marktplatz aber in 2 Minuten wäre man dort. Der Parkplatz soll verfestigt werden und mit Beleuchtung ausgestattet werden.

Herr Preuß:

Ich bin dafür, den Park aufzuwerten und nicht mit Einzelprojekten an den Park zu gehen. Ich plädiere dafür, den Parkplatz so zu lassen, wie er jetzt ist.

Herr Manthey:

Wir stimmen ab.

Abstimmung: 1 x ja, 4 x nein, 0 x Enthaltung

zu 10.4 **Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 03.12.2008:**
Umsetzung des Projektes "Panoramaweg Zossen - Mühlenberge"
Vorlage: 154/08

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Die Stadt Zossen legt einen Wanderweg gemäß der Planung des Projektes „Panoramaweg Zossen – Mühlenberge“ an.*
2. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zum Zwecke des Erwerbs des in der Gemarkung Zossen gelegenen Grundstücks Flur 4, Flurstück 121, Verhandlungen über den Abschluss eines Grundstückstauschvertrages aufzunehmen.*

Herr Manthey:

Der Antragsteller ist heute hier. Möchten Sie etwas dazu sagen?

Herr Preuß:

Wir hatten eine nochmalige Diskussion. Der Grundstückseigentümer ist heute hier. Herr Grahl würde sich mit einem Grundstückstausch einverstanden erklären. Es ist die Frage, ob wir Deponiegrundstücke tauschen, weil zu DDR-Zeiten unrechtmäßig Müll aufgebracht wurde.

Frau Schreiber:

Aus Sicht der Verwaltung muss ich sagen, es geht darum, welcher Preis angesetzt wird und nicht um die Größe des Grundstückes. Es handelt sich schon immer um eine Wiesen- bzw. Ackerfläche. Preislich/wertlich - wenn Sie diesen Beschluss hier fassen – ist der Tauschvertrag noch nicht geschlossen. Was ich befürchte ist, mit der Ausweisung dieses Panoramaweges und mit der Stellung von Koppelzäunen, können die Leute nicht mehr rechts und links auf die Wiese auftreten. Ich kann mich nicht damit einverstanden

erklären, dass die anderen Wege nicht mehr betretbar wären.

Herr Preuß:

Die Wege sind in die Planung eingezeichnet. Es gilt, was beantragt wurde. Was den Preis betrifft, bin ich gar nicht legitimiert, Verhandlungen zu führen. Was die Einweidung betrifft, ist nur geplant, die Koppeln ständig zu versetzen und damit dafür zu sorgen, dass das Gras von den Rindern kurz gehalten wird. Oder wollen Sie dafür sorgen, dass dort gemäht wird?

Frau Schreiber:

Wenn Sie Wege festlegen in diesem Gebiet, habe ich die starke Vermutung, dass alle anderen Flächen vom Besucherstrom abgeschlossen werden sollen. Ich schlage folgende Ergänzung vor: „Die Ausweisung und Herstellung des Weges führt nicht zur Einschränkung der Begehbarkeit der anliegenden Flächen.“

Herr Preuß:

Dem stimme ich zu.

Herr Grahl:

Es war landwirtschaftliche Nutzfläche. Ich habe einen Pachtvertrag. Es war Ackerland/Nutzland. Nach der Wende hat Herr Buhrmeister den Auftrag erteilt, Müll breitzuschieben.

Frau Schreiber:

OK, Ackerland. Wir sind uns einig.

Herr Tschorn:

Der KTL hat gestern mit 4/0/1 zugestimmt.

Herr Manthey:

Wir stimmen ab mit der Änderung von Frau Schreiber: „Die Ausweisung und Herstellung des Weges führt nicht zur Einschränkung der Begehbarkeit der anliegenden Flächen.“

Abstimmung: 3 x ja, 1 x nein, 1 x Enthaltung

- zu 10.5 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - FDP vom 25.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 01.12.2008:**
Kontaktaufnahme mit allen von der Deponie Weinberge betroffenen Grundstückseigentümern und Verhandlungen zu einem Grundstückstausch aufnehmen
Vorlage: 158/08

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Vorbereitung einer möglichen touristischen Nutzung der rekultivierten Deponie Weinberge in Zossen (z. B. Panoramaweg) wird die Stadtverwaltung der Stadt Zossen aufgefordert, mit allen von der Deponie betroffenen Grundstückseigentümern Kontakt aufzunehmen und Verhandlungen zu einem Grundstückstausch aufzunehmen. Basis eines solchen Tausches wäre der Wert und nicht die Größe der jeweiligen Grundstücke.

Herr Manthey:

Möchte der Antragsteller etwas zu seinem Antrag sagen?

Herr Baranowski:

Das ist ein weitergehendes Thema. Im KTL sind wir soweit gekommen, dass der Antragsteller seinen Antrag zurückstellt, bis ein Gesamtkonzept vorliegt.

- zu 10.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 03.12.2008:**

**Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes
Vorlage: 155/08**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Leistungsbeschreibung für eine Stadtentwicklungskonzeption „Zossen 2025“ zu erstellen.
Die Stadtentwicklungskonzeption soll mindestens folgende Fachkonzepte bzw. Gliederungspunkte beinhalten:*
 - *Fachkonzept Wohnen*
 - *Fachkonzept Wirtschaft und Beschäftigung*
 - *Fachkonzept Einzelhandel*
 - *Fachkonzept Umwelt und Energie*
 - *Fachkonzept Bildung und Erziehung (Kitas, Schulen, Bibliotheken ...)*
 - *Fachkonzept Soziales (als fachübergreifendes Konzept)*
 - *Fachkonzept Tourismus*
 - *Fachkonzept Kultur*
 - *Fachkonzept Verkehr und Technische Infrastruktur*
 - *Fachkonzept Sport*
 - *Visualisierung und Vorstellung der Ergebnisse*
2. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Fördermöglichkeiten für die Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes zu prüfen und Preisabfragen für die Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes gemäß der erarbeiteten Leistungsbeschreibung bei dafür geeigneten Büros vorzunehmen.*
3. *Die Leistungsbeschreibung und eine Kostenkalkulation, die sich auf die Preisabfragen stützt, sind der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen.*

Herr Manthey:

Auch hier ist der Antragsteller anwesend. Möchten Sie etwas zu Ihrem Antrag sagen?

Herr Preuß:

Der Punkt 1 muss noch konkret vorgelesen werden. Im KTL hatten wir immer wieder Probleme, dass wir bemängelt haben, dass wir kein touristisches Konzept haben. Wir brauchen auch ein Verkehrskonzept usw. Mit dem FNP sind wir fast soweit, dass die Bestandsaufnahme fast fertig ist. Wir sollten den FNP kurzfristig aussetzen, um ein Konzept erstellen zu lassen. Es soll ein Konzept werden, in dem die Bürgerinnen und Bürger mit einbezogen werden sollen. Wir nähern uns der ganzen Sache was die Kosten betrifft.

Herr Tschorn:

Der KTL hat mit 4/0/0 abgestimmt.

Frau Schreiber:

Ich bin nicht dafür, mit dem FNP auszusetzen. Im FNP wird festgelegt, wo es mit der Stadt hingehet. Nach der Bestandsaufnahme wird der Punkt beraten, wo was hinkommt. Wenn wir den FNP aussetzen, sehe ich mich außer Stande, ein Fachkonzept zu erstellen. Bitte sagen Sie mir, was Sie wollen. Wenn die Bestandserfassung durch ist, erhalten alle Stadtverordneten die Pläne für jeden Einzelnen Ortsteil in einem Plan. Dann legen wir in vielen Sitzungen fest, wo es mit der Stadt hingehen soll.

Herr Kühnapfel:

Ich hatte mir notiert „verschieben“ wegen Kita, Doppik, FNP. Dann sollte uns der Antrag nochmals vorgelegt werden. Ich bin dafür: nach dem FNP neu auflegen.

Herr Dr. Reinecke:

Ich frage mich, warum sich die Verwaltung sträubt, so ein Konzept zu erarbeiten. Wir müssen erst sagen, was wollen wir, wo soll es hingehen?

Herr Baranowski:
Es ist eine Frage der Begrifflichkeit. Ich brauche eine Datenbasis.

Herr Manthey:
Holen Sie sich das Jahrbuch der Stadt.

Frau Schreiber:
Ja, Herr Dr. Reinecke, Sie liegen da falsch. Ich habe viele Schränke mit nutzlosen Entwicklungskonzepten voll. Ich bin so vehement gegen diese Konzepte, weil sie nichts nutzen. Wir müssen flexibel sein. Man muss sich anpassen können. Wenn Sie etwas in ein Entwicklungskonzept reinschreiben, werden Sie die Konzepte immer wieder neu schreiben. Das Leben ist flexibel. Für den FNP brauche ich keine Konzepte. Was konkret erwarten sie? Welchen Leistungsumfang erwarten sie?

Herr Preuß:
Frau Schreiber, es erschreckt mich, wie Sie mit solchen Konzepten umgehen. Wenn Sie sich ein Kostenangebot einholen – Sie brauchen nur die Einwohnerzahlen usw. Wir wollten erstmal eine belastbare Zahl.

Frau Schreiber:
Sie haben meine Frage nicht beantwortet.

Herr Preuß:
Natürlich.

Herr Dr. Reinecke:
Ich frage mich, warum jetzt weltweit solche Konzepte erarbeitet werden. Ein Konzept ist nichts Stures, Starres. Es geht darum, dass festgelegt wird, was wir wollen. Es sollen Schwerpunkte gesetzt werden.

Herr Kühnappel:
Beschlussantrag: Eine Ausschreibung zu machen.

Frau Schreiber:
Dann streichen wir noch in der Begründung den Satz, dass der FNP ausgesetzt wird.

Herr Manthey:
Interessant ist es schon. Wenn mehrere Büros angeschrieben werden, könnte man dem Antrag als Behinderung des FNP nicht folgen. Dieses endgültige Konzept würde schon ewig dauern.

Herr Manthey:
Die beiden Wohngebäude am Leo hätte ich auch gerne.

Frau Schreiber:
Herr Tschorn, wenn Sie eine Aussage haben wollen, wie viel Leerstand es z. B in der Wohnbebauung gibt, sehen Sie das aus dem FNP. Ein Konzept bildet nicht die Realität ab. Das Leben entwickelt sich ganz anders.

Frau Brumm:
Antrag zur Geschäftsordnung! Wir sollten abstimmen.

Herr Preuß:
Ich stimme der Änderung des Antrages zu.

Herr Manthey:
Seite 2: Der Absatz mit dem FNP wird gestrichen. Seite 1 wird ergänzt „Einholung eines Angebotes für die Erarbeitung von Angeboten gem. Punkt 1“. Punkt 2 und 3 bleiben.

Abstimmung:
4 x ja, 0 x nein, 1 x Enthaltung

Herr Manthey:
Wir müssten jetzt über die Fortführung der Sitzung nach 22:00 Uhr abstimmen.

Abstimmung:
5 x ja, 0 x nein, 0 x Enthaltung

Herr Manthey:
Damit wird die Sitzung fortgeführt.

**zu 10.7 Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD und VUB vom 14.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 18.11.2008:
Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Grundschule Zossen
Vorlage: 156/08**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt den Bau einer Photovoltaikanlage mit ca. 30 kWp auf dem Dach der Goetheschule Zossen. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, dazu das Verfahren zur Vergabe eines öffentlichen Auftrages einzuleiten.

Die Photovoltaikanlage wird aus wirtschaftlichen Gründen (höhere Einspeisevergütung) im Jahr 2009 an das öffentliche Stromnetz angeschlossen.

Zugleich wird der Beschluss 077/08 vom 15.07.2008 aufgehoben.

Herr Manthey:
Möchte der Antragsteller etwas sagen?

Herr Preuß:
Der Antrag musste neu gestellt werden. Wir haben in diesem Jahr eine neue Situation. Die Einspeisevergütung wurde abgesenkt. Man kann davon ausgehen, dass die Modulpreise in diesem Jahr noch etwas günstiger werden. Das war immer so, wenn die Einspeisevergütung gesenkt wurde.

Frau Schreiber:
Wir haben als Verwaltung versucht, Anbieter zu finden, die auf eigene Kosten eine Anlage errichten. Wir haben niemanden gefunden. Die Frage ist, ob man eine Investition in Höhe von 150 T€ tätigen muss, wenn es nicht sein müsste. Wir haben genügend liquide Mittel. Wir brauchen also keinen Kredit aufnehmen. Trotzdem muss die Gesamtsumme im Haushalt abgedeckt sein. Wir gewinnen ja nichts.

Herr Preuß:
Spätestens nach 10 Jahren ist die Gewinnspanne erreicht. Kurzfristig haben wir sofort Gewinn: Co²-Reduzierung, Prestigewirkung. Die Kinder müssen den Klimaschutz vor Augen geführt bekommen. Wenn wir gegen neue Tagebaue in der Lausitz sind, müssen wir erneuerbare Energien einsetzen. Wir müssen als Kommune mit gutem Beispiel vorangehen.

Herr Kühnappel:
Mit der Erläuterung, die Sie gegeben haben, bin ich bei Ihnen. Wir haben noch keinen Haushalt vorliegen. Ohne ausgeglichenen Haushalt keine Kita oder sonstiges. Ich empfehle: Verschiebung bis der Haushalt vorliegt.

Frau Schreiber:
Ich sehe nicht, dass wir gewinnen. Wartung und Versorgung kostet Geld und die Entsorgung der Module kostet ebenfalls viel Geld. Der Trend bei regenerativen Energien geht zur Hausversorgung oder zu großflächigen Solarparks.

Herr Preuß:
Die Anlage soll Strom und nicht Wärme erzeugen. Es ist falsch, den Strom gleich in das

Schulgebäude zu leiten, statt Strom zu verkaufen. Herr Kühnapfel: Eine Zurückstellung des Antrages ist ein Problem, da letztes Jahr gesagt wurde, dass der Haushalt 2008 bereit zu ist und es zu spät ist, für diesen Antrag. Dieser Antrag soll ein Zeichen an die Verwaltung sein.

Herr Manthey:

Wir hatten auch mal über die Tragfähigkeit des Daches gesprochen. Der Hort am Wasserturm hat große Probleme. In dieser Schule hapert es vorne und hinten. Ich würde nur zustimmen, wenn gesagt wird, die Stadt Zossen schreibt im Landesauschreibungsblatt aus.

Abstimmung: 2 x ja, 2 x nein, 1 x Enthaltung

Herr Manthey schließt die Sitzung um 22:20 Uhr.

zu 14 Schließung der Sitzung

Herr Manthey schließt um 22:20 Uhr die öffentliche und auch nichtöffentliche Sitzung.

Olaf Manthey
Ausschussvorsitzender

Miriam Heinrich
Protokollantin